

Königlich privilegierte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint

Vormittags 11 Uhr

mit Ausnahme der Sonntage

und Festtage.

Postämter nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis

pro Quartal

25 Silbergroschen,

in allen Provinzen

der Preussischen Monarchie

1 Thlr. 17 Sgr.

Expedition:

Krantmarkt No. 1053

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. S. G. Effenbart.

No. 224. Mittwoch, den 26. September 1849.

Bei dem nahen Ablaufe des Quartals werden die geehrten Interessenten der Stettinischen Zeitung ersucht, die Erneuerung der Pränumerations-Prämie in unserer Expedition, Krantmarkt No. 1053, gefälligst anzumelden. Die Zeitung erscheint täglich (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) Vormittags 11 Uhr; der Pränumerations-Preis beträgt pro Quartal 25 Sgr., auswärts 1 Thlr. 17 Sgr. — Diejenigen Abonnenten, welche die Zeitung ins Haus gebracht zu haben wünschen, wollen die Bestellung bei der Expedition abgeben und zahlen dafür 7½ Sgr. pro Quartal.

Insertionen werden in unserer Expedition angenommen und vom 1. Oktober d. J. ab die dreispaltige Petitzeile mit 1 Silbergroschen, größere Schriften nach Verhältniß des Raumes berechnet. Die Zeitungs-Expedition.

Berlin, vom 25. September.

Se. Majestät der König haben Allerhöchstdigst geruht, den Geheimen Ober-Finanzrath Costenoble und den Geheimen Legations-Rath von Le Coq zu Mitgliedern des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte zu ernennen.

Bestimmungen wegen Einführung eines provisorischen Bundeschiedsgerichts. (Schluß.)

§. 25. Ueber die mündliche Verhandlung ist durch einen zur gerichtlichen Protokollführung befähigten Beamten ein Protokoll anzunehmen, welches insonderheit enthalten muß:

- 1) den Gang der stattgefundenen Verhandlungen im Allgemeinen;
- 2) diejenigen Zugeständnisse der Parteien, deren Aufzeichnung verlangt wird, so wie diejenigen Erklärungen der Parteien, deren Aufzeichnung das Gericht für erheblich hält;
- 3) die Entscheidung und sonstige Beschlüsse des Kollegiums.

Das Protokoll ist von sämtlichen anwesenden Gerichts-Mitgliedern und dem Protokollführer zu unterschreiben. Der Verlesung an die Parteien, so wie der Unterzeichnung von ihnen, bedarf es nicht, jedoch müssen die unter 2. erwähnten Bemerkungen den Parteien vorgelesen werden, und sind letztere mit ihren Bemerkungen über die Fassung derselben zu hören.

§. 26. Die Ausfertigungen der Erkenntnisse sind den Parteien selbst oder deren Bevollmächtigten, wenn die Vollmacht ausdrücklich auf den Empfang des Erkenntnisses gerichtet ist, im Wege der gerichtlichen Inquisition zuzustellen.

§. 27. Ist von keiner der Parteien auf eine mündliche Verhandlung vor versammeltem Gerichte angetragen worden, so erfolgt die Entscheidung in einer nicht öffentlichen Sitzung auf den schriftlichen Vortrag zweier vom Vorsitzenden ernannten Referenten. Bei Verfügung der Beweisaufnahme (§. 23) darf nur auf solche Beweismittel Rücksicht genommen werden, welche bereits in den eingereichten Schriftsätzen angegeben sind. Nach beendigter Beweisaufnahme ist den Parteien, unter Mittheilung der Verhandlungen, noch eine Frist von vierzehn Tagen bis zu sechs Wochen zur Einreichung ihrer rechtlichen Ausführung zu gestatten; wer diese Frist versäumt, von dem wird angenommen, daß er nichts weiter anzuführen habe.

Die Ausfertigungen der Erkenntnisse werden den Parteien statt der Publikation nach Vorschrift des §. 26 zugefellt.

§. 28. Die in vorstehenden Paragraphen angedrohten Rechtsnachtheile treten ein, ohne daß es dieserhalb einer vorgängigen Bekanntmachung an die betheiligte Partei oder demnachst eines besonderen Antrages der Gegenpartei bedarf.

§. 29. Die Parteien sind verpflichtet, diejenigen Schriften, von denen der Gegenpartei Mittheilung gemacht werden muß, in der dazu erforderlichen Anzahl von Exemplaren einzureichen.

§. 30. Gegen Erkenntnisse des Schiedsgerichts findet, außer dem Falle des §. 7, ein Rechtsmittel und namentlich auch die Restitution wegen neu aufgefundenen Urkunden nicht statt; dagegen bleibt den Parteien unbenommen, die Anstellung der Richtigkeitsklage in den im §. 2 No. 1, 4 und 5 Tit. 16 Th. I. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung für die Königlich preussischen Staaten bezeichneten Fällen:

- a) einer auf Grund einer falschen Urkunde oder eines falschen Zeugnisses erfolgten Entscheidung,
- b) eines Mangels der vorschriftsmäßigen Vertretung der unter Vormundschaft oder Kuratel stehenden Personen, und
- c) der mangelnden oder falschen Vollmacht desjenigen, welcher für eine Partei als deren Bevollmächtigter aufgetreten ist.

Diese Klage ist gleichfalls bei dem Schiedsgerichte anzustellen; die Execution des angefochtenen Erkenntnisses wird aber durch dieselbe nicht aufgehoben.

§. 31. In Ergänzung der gegenwärtigen Bestimmungen sollen die in

den Königlich preussischen Staaten bestehenden allgemeinen Prozeß-Gesetze zur Anwendung kommen.

§. 32. In den vor dem Schiedsgerichte verhandelten Sachen werden keine Stempel und keinerlei Art von Gerichts-Gebühren erhoben; hinsichtlich der baren Auslagen und sonstigen Kosten verbleibt es bei den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften (§. 31).

2) In Beschwerdefachen.

§. 33. In Beschwerdefachen (§. 4, Litt. a No. 5 und Litt. b der Uebereinkunft vom 26. Mai d. J.) findet das in den §§. 1—32 vorgeschriebene Verfahren gleichfalls Anwendung, jedoch mit nachstehenden Modificationen:

- 1) Bei Mittheilung einer Beschwerde wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege an die betreffende Landesbehörde zu deren Erklärung ist zugleich die Einsendung der bezüglichen Akten zu verordnen.
- 2) In den Fällen des §. 4, Litt. b der Uebereinkunft hat der Beschwerdeführer außer dem Nachweise, daß die Sache von dem Schiedsgerichte überwiesen worden, zunächst eine vollständige Beschwerdeschrift, welche dem kontradiktorischen Verfahren zur Grundlage dienen kann, einzureichen.
- 3) Christliche Replik und Duplik, so wie mündliche Verhandlung vor versammeltem Kollegium, finden nur in solchen Fällen statt, in denen das Schiedsgericht sie für angemessen erachtet.

3) Bei Anklagen gegen die Minister, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen.

§. 34. Auf Anklagen gegen die Minister, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen (§. 4 Litt. a No. 6 der Uebereinkunft vom 26. Mai d. J.), wird nach den Grundsätzen des Anklage-Prozesses verfahren. Es kommen hierbei die in §§. 1 bis 32 enthaltenen Bestimmungen ebenfalls mit folgenden Modificationen zur Anwendung.

§. 35. Auch außer dem Falle des §. 10 kann eine mündliche Verhandlung der Sache vor versammeltem Kollegium stattfinden, wenn das Schiedsgericht eine solche zur Aufklärung der Sache eintreten zu lassen nach Eingang der Beantwortung der Anklage für angemessen erachtet.

§. 36. Das Schiedsgericht hat bei Anberaumung der Sitzung für die mündliche Verhandlung der Sache zugleich die zur Beweis-Aufnahme erforderlichen Anordnungen, von welchen die Parteien in Kenntniß zu setzen sind, zu treffen. In dieser Sitzung ist, nach Anhörung der Parteien, mit der Beweis-Aufnahme, insoweit solche nicht im Wege gerichtlicher Requisition nach Befinden des Schiedsgerichts bewirkt werden muß, zu verfahren und nach dem Schlußvertrage derselben, wobei dem Angeklagten das letzte Wort zu geben, Entscheidung zu ertheilen.

§. 37. Das nach §. 25 abzufassende Protokoll muß den wesentlichen Inhalt der Zeugen-Aussagen enthalten.

§. 38. Das Schiedsgericht hat, ohne an bestimmte Regeln über die Wirkung der Beweise gebunden zu sein, unter genauer Prüfung aller Beweise für die Anklage und Vertheidigung, nach seiner freien aus dem Inbegriffe der Verhandlungen geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden, ob der Angeklagte schuldig oder nicht schuldig sei. Auflegung eines Erfüllungsgeldes oder Reinigungs-Eides findet eben so wenig als Eides-Antrag statt.

Gemeinsame Bestimmungen.

§. 39. Ueber alle zur Cognition des Schiedsgerichts gelangenden Sachen ist auf den Vortrag eines dazu vom Vorsitzenden zu ernennenden Referenten in einer Sitzung, worin mindestens zwei Drittheile der Gerichts-Mitglieder mit Einschluß des Vorsitzenden anwesend sein müssen, kollegialisch zu berathen und zu beschließen; doch ist der Vorsitzende ermächtigt, ohne Mitwirkung des Kollegiums in dessen Namen Klagen oder Beschwerden, bei denen die Vorschrift des §. 1 nicht beachtet ist, zurückzugeben, bloße prozeßleitende Verfügungen, so wie solche, die nur in Benachrichtigungen und Communicationen bestehen, zu erlassen, ingleichen Klagen und Beschwerden, deren Gegenstand offenbar nicht zur Kompetenz des

Schiedsgerichts gehört, zurückzuweisen. Wird in diesen Fällen von der Partei Gegenvorstellung gemacht, so muß die Sache zur Entscheidung des Kollegiums gebracht werden.

§. 40. Die Beschlüsse des Schiedsgerichts werden nach absoluter Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefaßt; bei Gleichheit der Stimmen giebt die des Vorsitzenden den Ausschlag; in Anklagesachen gegen die Minister jedoch entscheidet die für den Angeklagten günstige Meinung.

§. 41. Die Ausfertigung der Erkenntnisse, Beweis-Resolutive und sonstigen Erlasse des Schiedsgerichts werden von dem Vorsitzenden allein vollzogen.

Titel II.

Vollziehung der Erkenntnisse des Bundes-Schiedsgerichts.

§. 42. Die Vollstreckung der Erkenntnisse des Schiedsgerichts wird auf Anrufen der Parteien von dem Verwaltungs-Rathe der verbündeten Regierungen veranlaßt.

§. 43. Der Verwaltungs-Rath hat auf Anrufen des obsiegenden Theiles der verurtheilten Partei eine angemessene Frist zu setzen, um innerhalb derselben dem Urtheile Genüge zu leisten und, wie solches geschehen, nachzuweisen.

§. 44. Wenn die gesetzte Frist abgelaufen, die Befolgung aber nicht dargethan ist, so muß der Verwaltungs-Rath auf ferneres Anrufen des obsiegenden Theils das weiter Erforderliche zur Vollstreckung des Erkenntnisses, nach Maßgabe der Bestimmungen des zwischen den verbündeten Regierungen am 26. Mai d. J. abgeschlossenen Vertrags, anordnen.

§. 45. Die Kosten der Exekution fallen der verurtheilten Partei zur Last und sind von ihr nöthigenfalls zugleich bei jener Exekution nach Anordnung des Verwaltungsraths beizutreiben.

§. 46. Die Richtigkeit der Erkenntnisse des Schiedsgerichts darf in keinem Falle der Gegenstand einer Verwahrung und eines Beschlusses des Verwaltungsraths werden. Streitigkeiten über die Auslegung derselben gehören vor das Schiedsgericht.

§. 47. Die in der Exekutions-Instanz annoch zulässigen Einreden müssen beim Bundes-Schiedsgerichte angebracht und sofort liquide gemacht werden. Das Verfahren über dieselben richtet sich nach den im ersten Titel enthaltenen Bestimmungen, muß aber möglichst abgekürzt werden. Vom Ermessen des Bundes-Schiedsgerichts hängt es ab, ob die vorläufige Hemmung der Exekution während dieses Verfahrens zu beschließen sei. Hastet aber Gefahr auf dem Verzuge, so ist der Verwaltungsrath ermächtigt, der Exekution auf Antrag der Partei, gegen welche sie verfügt ist, so lange Anstand zu geben, bis sie im Stande ist, einen Beschluß oder ein Erkenntnis des Bundes-Schiedsgerichts zu erwirken. Dazu hat der Verwaltungsrath ihr eine angemessene Frist unter der Verwarnung zu setzen, daß nach deren unbemühtem Ablaufe der Exekution ihr ungehemmter Lauf werde gelassen werden.

§. 48. Beschwerden über Verzögerung oder Ueberschreitung der Grenze bei der vom Verwaltungsrathe angeordneten Vollstreckung eines Erkenntnisses des Schiedsgerichts gehören vor den Verwaltungsrath.

§. 49. Wird gegen die Vollziehung eines Erkenntnisses des Schiedsgerichts von einem Dritten, gegen den dasselbe nicht ergangen ist, Einsprache erhoben und zugleich dargethan, daß durch dessen Vollstreckung Nachteile für ihn entstehen, so hat der Verwaltungsrath der Exekution so lange Anstand zu geben, bis die Einsprache auf die geeignete Weise erledigt ist.

Vorstehendes wird hierdurch mit Bezugnahme auf die unterm 14ten Juli d. J. erfolgte Bekanntmachung der Installation des provisorischen Bundes-Schiedsgerichts (Preuß. Staats-Anzeiger vom 16ten Juli 1849 Nr. 193) zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 18ten September 1849.

Der Justiz-Minister:
Simons.

Der Minister der auswärtigen
Angelegenheiten:
von Schleinitz.

Deutschland.

Stettin. Die süd- und ostdeutsche Politik giebt sich in der von ihr bezahlten unterwürfigen Presse alle Mühe, Preußen zu verkleinern und dessen Maßregeln in der Reichsfrage als unausführbare Chimären und Luftschlöffer darzustellen; sie sucht die abenteuerlichsten aus der Luft gegriffenen Nachrichten über Neugestaltung der Centralgewalt und des Staatenbundes oder Bundesstaates zu verbreiten, um wo möglich die kleineren Staaten zu verwirren und von dem Drei-Königs-Bunde abzuziehen. Es ist ihr mit Hessen-Homburg gelungen. In der That ein großer Triumph! Ob sie noch weitere Fortschritte machen wird, steht dahin. Soviel ist gewiß, daß Preußen sich auf der eingeschlagenen Bahn nicht wird aufhalten lassen. Es wird seine Bundesgenossen an sich zu fesseln wissen durch keinen andern Zauber als den des moralischen Eindruckes und die eigenen Interessen jener. Unser Staat steht da als eine in sich concentrirte, einheitliche Macht; die Zerklüftung des Volkes in Parteien hat auf die Gestaltung der Verfassung und die deutsche Politik fast gar keinen Einfluß mehr. König, Ministerium und Kammern sind vom Geiste der Eintracht beseelt. Die letzteren haben dies hinlänglich durch ihre Beschlüsse in der deutschen Frage gezeigt. Fast einstimmig theilen alle Mitglieder der Volksvertretung den Wunsch, dies Ministerium auf jegliche Weise zu stützen. Daher halten wir ein neu aufgetauchtes Gerücht von einer Veränderung des Ministeriums für ein leeres. Brandenburg-Manteuffel haben ihre Aufgabe noch nicht erfüllt. Andere Staaten können an diesem Bilde der Eintracht der preussischen Gewalten ein erbauliches Beispiel nehmen. Man zeige uns in andern Staaten, in Oesterreich namentlich, ein Gleiches. Preußen stellt sich immer mehr als der Kern Deutschlands heraus und kann darum allein nur der Mittelpunkt desselben sein. Es wird im ganzen Umfange deutscher Staaten nichts Wichtiges geschehen können, ohne daß Preußen beratend, schützend und abwehrend mitwirke. Wir können uns daher wohl gefallen lassen das perfide Stillschweigen der bairischen Abgeordneten von dem Verdienste, das Preußen um die Beruhigung der bairischen Pfalz sich erworben hat. Dies ist eine große Misere, die dem Baiernvolke ein trauriges Zeugniß seiner Moralität ausstellt. Einen in solcher Weise undankbaren Hasser darf Preußen nicht fürchten.

Die Uebergabe Komorns wurde gestern aus Preßburg berichtet, während die Wiener Blätter nur die Hoffnung baldiger Uebergabe aussprechen.

Mit diesem Ereigniß ist die österreichische Revolution, soweit sie mit Kugel und Degen zu dämpfen war, überwunden. Es folgt nun der zweite Theil, die innere Organisation. Wird Oesterreich seinen Vätern das Versprochene halten? Wird es den verschiedenen Nationalitäten ein Genüge thun? Wird es die Constitution vollenden? — Auf diese Frage wird man, soweit man das Verfahren des Cabinets kennt, schwerlich nicht immer Ja antworten können. Es wird ohne Zweifel jetzt aufs angelegentlichste die deutsche Einheit in's Auge fassen. Was wird dabei herankommen? Wir haben uns eben kein Glück dabei zu wünschen. Jedenfalls sehen wir der nächsten Zukunft mit Spannung entgegen. Der Himmel des deutschen Vaterlandes wird sich bald aufklären.

Berlin, 24. September. (Schluß der 43ten Sitzung der Ersten Kammer.) Nach geschlossener Discussion und langer Debatte über Art. 38 gelangen zur endlichen Abstimmung folgende Amendements und das Gesetz selber. 1) Der Antrag des Abg. v. Gerlach, ausgehend auf die Streichung des Art. 38 der Verfassung, wird nach beantragter und genehmigter namentlicher Abstimmung (wobei mit Ja gestimmt die Abg. v. Gerlach, v. Manteuffel, Ilden, Graf Schweinitz, v. Bethmann-Hollweg, von Camis, v. Daniels, Graf Limburg-Styrum, Graf Hochberg) von 128 Anwesenden mit 114 gegen 9 Stimmen verneint. (2 Abg., darunter von Bochum-Dolffs, haben sich der Abstimmung enthalten.) 2) Der Verbesserungs-Antrag des Abg. v. Manteuffel wird abgelehnt. 3) Der Verbesserungs-Antrag des Abg. Grafen v. Jzhenly wird getheilt und in seinen beiden Theilen getrennt zur Abstimmung gebracht: a. der erste Theil, „die Errichtung von Lehen ist untersagt“, wird von 125 Stimmenten bejaht von 36, verneint von 87. (Die Minister stimmen mit Nein. Der Antrag ist also in seinem ersten Theile abgelehnt. Die Abg. Guffert und v. Bochum-Dolffs enthalten sich der Abstimmung.) b. Der 2te Theil, „die bestehenden Lehen sind im Wege der Gesetzgebung in freies Eigenthum umzugestalten“, wird unter 125 Stimmenten bejaht von 41, verneint von 83 Stimmen. (Einer hat sich der Abstimmung enthalten. Die Minister haben mit Nein gestimmt.) 4) Der Verbesserungs-Vorschlag des Grafen von Alvensleben wird abgelehnt. 5) Der Antrag des Abgeordneten Hefter wird allein von dem Abgeordneten Nitzsch angenommen. 6) Der Antrag des Abgeordneten Bornemann wird in getrennter Abstimmung a) 1. Theil abgelehnt, b) 2. Theil lautend: Die Aufhebung der bestehenden Familien-Fideikommissen durch Familien-Schlüsse soll durch das Gesetz erleichtert werden — wird nach zweifelhafter Abstimmung durch Zählung unter 116 Anwesenden von 53 Stimmen bejaht, von 63 verneint, also abgelehnt. Nämlich trägt der Abg. Graf Jzhenly auf namentliche Abstimmung an, die auch, da der Unterschied der Stimmen nicht 15 übersteigt, erfolgt. Von 124 Anwesenden haben gestimmt mit ja 60, mit nein 63; Einer hat sich der Abstimmung enthalten. Der Antrag bleibt also verworfen. 7) Der Antrag des Abg. Kister wird abgelehnt. 8) Abg. Tannau zieht seinen Antrag zurück. 9) Der erste Satz des Art. wird angenommen. 10) Der 2te Satz des Art. wird angenommen. 11) Der Verbesserungs-Antrag des Abg. v. Jordan: Die Kammer wolle beschließen, daß dem Art. 38 am Schluß folgende Worte beizufügen: „Auf Familien-Stiftungen finden diese Bestimmungen keine Anwendung“, wird angenommen.

Der ganze Artikel mit dem Jordanschen Zusatzamendement hat demnach folgende Fassung erhalten: „Die Errichtung von Lehen und die Stiftung von Familien-Fideikommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familien-Fideikommissen sollen durch gesetzliche Anordnungen in freies Eigenthum verwandelt werden. Auf Familienstiftungen finden diese Bestimmungen keine Anwendung.“

(Das Salzmonopol.) Dieses laßt wie ein Krebschaden auf dem Leben und Wohlstande der Nation, die dadurch doppelt so viele Millionen verliert, als der Fiskus nimmt. Wir verweisen der Kammerparnisch wegen die Commission auf die Brochüre von Hoff: „Das Salzmonopol muß aufgehoben werden.“ Arnstadt 1848.

Der letztere citirt die Worte des berühmten französischen Ministers und Chemikers Grafen Chaptal: Die Salzaufgabe ist ein wahres Unglück für den Ackerbau, sie hat die Quellen seines Gedeihens verstopft und sofstet unendlich mehr, als sie dem Staate einbringt! Wir geben allerdings das Viehsalz billiger, nachdem es durch Vermischung mit Bermuth u. ungenießbar gemacht worden ist! Vergleiche man doch die Alten des vereinigten Landtages über die Salzfrage und benütze sie bei den Arbeiten; sollen wir stets beim a wieder anfangen? England hob 1824 das Salzmonopol auf und bis 1833 verdreifachte sich der Verbrauch; denn es ist für Menschen, Thiere und Gewerbe gleich unentbehrlich. Preußen müßte im Vergleich mit dem englischen Konsume doppelt so viel Salz verbrauchen, als wie geschieht unter dem unnatürlichen Druck. Das Monopol bringt 5,450,000 Thlr. ein, der Finanzminister bedarf ihrer. Gut — allein man fixire diese Summe, sie darf nicht höher steigen, der Ueberschuß nicht ferner zum Eisenbahnpfand geschlagen werden.

Man säume mit dieser Maßregel nicht. England und Belgien waren das Monopol ab Frankreich reformirt und sogar Baiern rüdel von Ermäßigung; der jetzige Zustand ist in Preußen nicht zu erhalten, und wird täglich complizierter. Je höher die Summe steigt, um so weniger kann man sie abwerfen. Mit steigender Bevölkerung wächst der Verbrauch, wäre die Summe fixirt, so würde in demselben Verhältnisse die Steuer pro Last sinken, z. B. bei doppelter Bevölkerung fielen sie auf die Hälfte. Die Verwaltung des Monopols ist eine Sünde gegen den gesunden Menschenverstand. Auch das ausländische Salz wird zu theuer eingekauft; man untersuche die Contrakte und befrage die Konkurrenten.

Für Frachten vorausgab die Verwaltung 632,717 Rthlr. und 244,352 Tonne und Säcke 377,069 Rthlr.

Die Privatunternehmer würden diese vormundtschaftlichen Vorlagen mindestens um 100,000 Rthlr. verringern, d. h. der Nation ersparen. Der Kaufmann fände ebenfowohl Säcke und Fuhrleute für Salz, als für Getreide! Am dem Baume des Uebels die Art an die Wurzel zu legen, tragen wir darauf an: daß die Regie mit ihren Magazinen, Gehältern, Diäten und wie der Schweif heißen mag, aufgehoben werde und zwar im Rheinland, Westphalen, Sachsen und Brandenburg innerhalb 3 Jahren, und in den übrigen Provinzen nach Vollendung der Stbahn. — Die Steuer erhebe man, wie gesagt, an den Pfannen gleich der Maissteuer oder auf den Gruben wie den Zehnten. Der Salzhandel sei frei innerhalb den bewachten Grenzen und er wird den alten Pöps mit Sang und

Klang begraben. Da werden die Herren vom aneien regime einwenden: Der Salzpreis steigt für den geringen Mann! In Belgien finden wir die Sache umgekehrt. Die Unbemittelten kaufen nicht centnerweise im kö- nigtlichen Magazin, sondern lothweise in den Läden und die Concurrenz des Handels wird rasch das Minimum der Preise feststellen. Warum han- delt sonst der Staat nicht auch mit Brod? Durch Regularung der Ein- gangszölle auf ausländisches Salz kann man jeder möglichen Ueberforde- rung der inländischen Siebereien vorbeugen. Die Eisenbahnen führen in wenigen Tagen das gewonnene Salz nach allen Theilen des Königreichs zu 1/4 Pf. pro Centner und Meile. Nach dem Heimgange der Regie würden 300,000 Rthl. unnützer Kosten erspart. Durch die vorgeschlage- nen Reformen träte für die Nation eine direkte Ersparniß von 550,000 Rthl. ein; möge die Commission die gründliche Untersuchung nicht aufschieben; Ungleich höher wäre der Gewinn für die Gewerbe und den Ackerbau; wenn der Salzpreis am Gewinnssorte auf 10 Sgr. per Centner stiele, so würde man Wunder sehen, sowohl an Viehstade als wie am Körner- Ertrage! Vor allen Dingen aber stellen wir das Gebot der Humanität an die Spitze: dem Volke nicht das unentbehrlichste Lebensbedürfniß durch die hohen Preise, wie geschehen, zu verkümmern. Hinreichender Salzge- nuß ist erwiesen der Hauptträger der Gesundheit einer Nation, und dieser Erfahrung müssen alle anderen Rücksichten weichen. — Ein Engländer verzehrt 38 Procent Salz mehr als ein Deutscher und die Generation lebt 5 Jahre länger! In Johannisburg bedarf eine Familie, um ihr Le- ben zu fristen, 79 Thlr. und darunter 7 Thlr. an Salz, ebenso in Posen. Dieser Bedarf sinkt in Lebus und Rimpitz auf 1 Thlr. — auf Kosten der Gesundheit. Wenn die parlamentarischen Untersuchungen sich auf der Oberfläche halten, so werden sie nie die Schäden ergründen; Rechenfehler macht ein preussischer Finanzminister nicht! Die Prinzipien müssen beleuch- tet werden, um dem Wege durchgreifender Reformen seine Richtung zu be- zeichnen! (P. C.)

Nürnberg, 18. September. Der vor einigen Tagen im nahen Badoerte Köfen, wegen Majestätsbeleidigung des Königs, verhaftete Kauf- mann Moriz Schlesinger, welcher hier gefangen gehalten wurde, ist durch Vermittelung seines Bruders, des Buch- und Musikalienhändlers Ernst Schlesinger in Berlin, gegen eine Caution von 3000 Thlr. gestern seiner Haft entlassen worden und soll im November c. vor die Assisen gestellt werden. (B. 3.)

Weglar, 20. September, 4 Uhr. So eben wird in der ganzen Stadt unvermuthet Generalmarsch geschlagen; Alles stürzt mit Sack und Pack nach dem Allarmplatz, hier wurde Quarre formirt und ein Befehl Sr. K. H. des Prinzen von Preußen bekannt gemacht, nach welchem das Berliner 20. Landwehr-Regiment nun sofort seinen Rückmarsch nach Ber- lin anzutreten habe, woselbst es bis auf eine Stamm-Compagnie von 200 Mann aufgelöst werden soll.

Dresden, 22. September. Das Wahlgeschreiben ist endlich in der Druckerei, Montag wird es verkündet werden. Nach diesen Wahlberögerungen liegt es auf der Hand, daß die Kammern erst mit dem äusseren, gesetzlich legten Ter- mine, mit dem 1. November, zusammentreten werden; und wenn wir früher mein- ten, die deutsche Frage könne erst Mitte November zur Verhandlung gelangen, so würde sich dieser Zeitpunkt nun bis Ende November hinausrüden. Man hofft dann wohl den Kammern etwas definitiv Fertiges vorzulegen. (D. Ref.)

Nürnberg, 20. September. Dem Vernehmen nach ist durch aller- höchste Entschliebung die Bildung der freien christlichen Gemeinde in Nürn- berg sowie der übrigen des Königreichs Baiern unter den der freien christ- lichen Gemeinde in München ertheilten Rechten genehmigt worden. (Const. 3.)

Stuttgart, 20. September. Die plöyliche unerwartete Wendung eines seit 15 bis 20 Jahren obschwebenden, berühmten und berüchtigt ge- wordenen Processes erregt in diesem Augenblicke vieles Aufsehen. Es ist dies der sogenannte Cap-Prozeß, den seit einer langen Reihe von Jahren der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Tafel gegen den vor wenigen Monaten verstorbenen früheren Kriegsminister v. Hügel und dessen gleichfalls verstorbenen Bruder, General v. Hügel, als Erben des früheren Obersten v. Hügel, vom sogenannten Cap-Regimente, führte und durch alle Instan- zen vollständig gewann. Er betrifft Soldrückstände der Angehörigen dieses von einem württembergischen Herzog an die holländischen Generalstaaten verkauften und später in englische Dienste übergetretenen Regiments, die der Heim dieser Hügel im eigenen Vortheil verwendete und welche dessen Erben und Nachkommen herauszuzahlen sich weigern. (F. 3.)

— 21. September. Auf allerhöchsten königlichen Befehl hat das Staatsministerium des Neuftern sämtliche auswärtige Gesandtschaftsposten beauftragt, den Regierungen anzuzeigen, daß Bayern mit Preußen jede Unterhandlung in der deutschen Verfassungsangelegenheit auf so lange ab- gebrochen hat, bis von Seite Oesterreichs ein bestimmter Entscheid erfolgt sein wird. Der am Berliner Hofe bevollmächtigte Gesandte Graf Lerchenfeld- köfering erhielt außerdem noch eine besondere Instruktion über sein sofortiges Verhalten der preussischen Regierung gegenüber. (Nach der „D. const. Ztg.“ hätte die bayerische Regierung eine neuere preussische Note gegen das Benehmen v. d. Pfordten's erhalten, welche vielleicht obige Verfügung hervorgerufen. Der Nürnberg. Courier spricht von einer in sehr scharfen und energischen Ausdrücken abgefaßte Note Preußens, worin dieses wegen des Einmischens Bayerns in die Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich in der deutschen Frage Vorschwebe führe.) — Der preussische Gesandte und Bevollmächtigte am hiesigen Hofe Freiherr von Voelckberg, ist gestern Abends von Berlin zurückgekehrt und hat den dem Freiherrn v. Rosenbergs interimistisch übergebenen Gesandtschaftsposten wieder über- nommen. (Augsb. Ab.-Ztg.)

Karlsruhe, 21. September. Noch immer ist über das Schicksal unserer meuterischen Truppen nichts Näheres bestimmt; es sind im Kriegs- ministerium schon die verschiedenartigsten Pläne besprochen worden, allein es ergeben sich jedesmal wichtige Anstände. Gegenwärtig vernimmt man, daß unser ehemaliges Heer nach drei Klassen geschieden werden soll. Hier- nach würde die erste Klasse, welche die treu gebliebenen Soldaten umfaßt, im Großherzogthum verbleiben; die zweite, aus minder Gravirten beste- hend, nach Preußen verlegt werden, ohne jedoch weiteren Strafen unter- worfen zu sein, und die dritte endlich, wozu die wirklichen Meuterer gehö- ren, als Straf-Compagnieen, die stets unter dem Kriegsrechte stehen, in preussische Festungen gesteckt werden.

Mannheim, 21. September. Die preussische Kommandantur macht fol-

gende Befügung bekannt: „Der verantwortliche Redakteur des Badischen Mer- curs, August Schuebler, wird wegen Aufnahme einer die hiesige Staatsanwalt- schaft beleidigenden und zugleich bedrohenden Stelle in der unter dem gestrigen Datum erschienenen Nummer des genannten Blattes mit einem 14tägigen Gefäng- niß bestraft und ihm zugleich die fernere Ausübung der Redaction untersagt.“

Mannheim, 21. September. Unsere Polizei hatte kürzlich den Muth gehabt, schlechtes Obst, Bier und Wein zu confisciren, darauf ge- stützt ging die Anti-Cholera-Commission weiter und verbot am 18ten Mit- telst Mauer-Anschlags den Detail-Verkauf des Steinobstes und der Gur- ken. Der Markt am 19. wie am 20. zeigte aber, daß die Bauern so wenig wie das Publikum des Verbotes achteten, der Detail-Verkauf ging nach wie vor und die Polizeibeamteten gingen auch — aber ohne etwas zu sehen, ab und zu. Die Begriffe des Gehorchens, der Folgeleistung von Anordnungen sind bei Vielen dermaßen verwirrt, daß sich diese Begriffe in Verwirrung vom politischen Felde an's Krankenlager zieht. Nertze versich- tern mich, daß sie schon mehrere Cholerafälle behandelt hätten, wo ein guter Ausgang sicher gewesen sei, wenn es nicht eben der Kranke — als echter Autoritätsfeind — für seine Pflicht gehalten hätte, den ärztlichen Befehlen nicht zu gehorchen. (Const. 3.)

Vom Bodensee, 18. September. Zur Berichtigung der wider- sprechenden Angaben, welche die unmerische Stärke des in Borarlberg unter dem Oberbefehle des F. M. L. Fürst von Schwarzenberg stehenden K. K. österreichischen Truppencorps die deutschen Tagesblätter durchlaufen, ermangle ich nicht, Ihnen die aus sicherer Quelle mir gewordene Mittheilung zu machen, daß das genannte Truppencorps aus 11,000 Mann Infanterie, 1 Regiment Windischgrätz-Chevanlegers, 1 Regiment Palatinalhufaren, nebst verhältnismäßigem in der ehemaligen Abtei Meeresau bei Brezgen stehenden Artilleriepark zusammengefaßt ist, so daß die Gesamtsumme der in Borarlberg gegenwärtig auf- gestellten Militärmacht auf 13,000 Mann sich beläuft. Zu diesen Truppenkörper wird nächstens noch 1 Regiment Josefshufaren stoßen, welches sich bereits von Lemberg nach Borarlberg in Marsch gesetzt hat. Ueber eine noch größere Truppenhäufung in Borarlberg ist dem Ober- kommando zu Brezgen nichts bekannt.

Wiesbaden, 20. September. In der heutigen Kammeritzung wurde über die Bewilligung des Herzogs verhandelt. Es lagen verschiedene Anträge vor: auf eine Bewilligung von jährlich 300,000 Fl., 250,000 Fl. und 200,000 Fl. Keiner dieser Anträge konnte jedoch eine Majorität erlangen, so daß die ganze Verhandlung ohne ein Resultat blieb. Die Kammer wurde hierauf bis zum 1sten Januar vertagt. (Voss. 3.)

Frankfurt, 21. September. Man spricht von dem sehr nahen Ein- tritt wichtiger Ereignisse und man versichert aufs Bestimmteste, daß sich der Erzherzog-Reichsverweser vorbereitet, in kurzer Zeit für immer von hier abzuziehen. Der königl. preuß. General v. Schach wird auch in Kürze unsere Stadt verlassen.

— Das hier noch vorhandene preussische Kanzlei-Personal steht im Begriffe, nach Erfurt überzusiedeln. Dorthin wird man den Reichstag berufen, aber auch bald vielleicht zugleich das Interim eingerichtet werden. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen wird jeden Augenblick er- wartet. (Voss. 3.)

— Von Frankfurt wird über die vorgebliche Unterredung des Erz- herzogs Johann, die wir gleich stark bezweifeln, unter dem 17ten Sep- tember folgendes geschrieben: „Eine Lüge von seltener Kühnheit liest die „Reichszeitung“ in Braunschweig in einem Berichte aus Frankfurt ihren Lesern auf, welche Lüge aber mit frecher Stirne als Wahrheit verbürgt wird. In dem Berichte wird gesagt, daß der Reichsverweser der Reihe nach den ersten Bürgermeister Dr. Müller, den Schöff Dr. Harmer und noch eine andere einflußreiche Person B.... bezeichnet, zu sich beschieden, und ihnen halb drohend, halb bittend Vorstellungen gegen den Beitritt Frankfurts zum Dreikönigs-Bündniß gemacht habe. Dem Einen soll der Reichsverweser gesagt haben, der Anschluß Frankfurts an Preußen könne einen blutigen Krieg nach sich ziehen; dem Anderen soll er große Handels- vortheile für Frankfurt in Aussicht gestellt haben, wenn Frankfurt sich einer süddeutschen Ligue unter Oesterreichs Hegel anschließe, dem Dritten soll er mit dem Verluste des Sitzes der Centralgewalt gedroht haben. Diese ganze Unterredung mit Inbegriff der gewaltigen und stolzen Antworten, welche den genannten Notabilitäten im Palais des Reichsverwesers in den Mund gelegt worden, sind so plump erfunden, daß man sich wundern muß, wie ein Redakteur von der Tüchtigkeit des Dr. Andrae in Braunschweig denselben die Unwahrscheinlichkeit nicht an der Stirne ansehen mochte. Es mag sein, daß der Reichsverweser den Anschluß Frankfurts an die Drei- königs-Verfassung nicht gerne sieht, aber niemals wird sich ein Mann von der edlen Denkwürdigkeit des Erzherzog Johann herablassen zu einer In- trigue so plumper Natur. Hätte der Berichterstatter dieselbe den Agenten des Reichs-Ministeriums unterschoben, so wären sie eher zu glauben ge- wesen.“

— Wie wir in einem auswärtigen Blatte lesen, befindet sich der General v. Grabow, dessen Hauptquartier in Bockenheim ist, auf einer Inspektionsreise, die ihn bis nach Halle führen, und von welcher er in den ersten Oktobertagen zurück- kehren werde. Die dem Grabow'schen Korps so wie der preussischen Operations- armee am Rhein beizählenden Landwehren, deren Rückmarsch in die Heimath für die Mitte September anberaumt war, sollen, wie wir ebendort lesen, Gegenbefehl erhalten haben und noch auf unbestimmte Zeit in ihren jetzigen Kantonnirungen verbleiben. (D. P. A. 3.)

— Wie öffentliche Blätter melden, wird die Friedrich-Wilhelms-Nordbahn nun zwischen Eisenach und Kassel ganz befahren, und man kann somit von Kassel nach Berlin, oder umgekehrt, in 16 Stunden gelangen. Hätte der Bau der Main- Weser-Bahn nicht einen so langsamen Fortschritt genommen (namentlich auf dem Großherzoglich heßischen und dem Frankfurter Gebiet, obgleich das diesseitige kaum in Betracht kommen kann), so würden wir schon im Laufe des nächsten Jahres von hier über Kassel nach Berlin in 20 Stunden gelangen können. Unter den obwaltenden Umständen ist aber sehr daran zu zweifeln, ob vor dem nächsten Vorssommer die Main-Weser-Eisenbahn auch nur zwischen hier und Friedberg be- fahren werden kann. Der kurhessischen Regierung muß man es nachrühmen, daß sie ihre Eisenbahnbauten mit aller Energie betreibt. Wahrscheinlich wird auch noch im nächsten Jahre die Bahndreiecke zwischen Kassel und Marburg befahren werden können. (D. 3.)

Frankfurt, 22. September. Noch immer nehmen übrigens hier die Sammlungen für die politischen Flüchtlinge in der Schweiz ihren Fort- gang. Sie erinnern sich vielleicht, daß vor einiger Zeit eine Magd einen Beitrag dazu gesendet hatte mit der Bestimmung: „Für die braven Nordbrenner!“ Jetzt eben läßt sich ein Seitenstück dazu anführen. Von

Deutschland.

Berlin, 25. September. (Die deutsche Flotte in ihrem gegenwärtigen Bestande.) Wir sehen ab von der preussischen Flotille und von der schleswig-holsteinischen und beschränken uns auf denjenigen Theil, welcher zur Zeit noch unter der Verwaltung des Frankfurter Ministeriums steht. Dieses Geschwader besteht aus folgenden Schiffen und Fahrzeugen: Die Dampfregatte „Hansa“, noch nicht 2 Jahr alt, armirt und jetzt vollständig bemannt. — Die Dampfregatte „Barbarossa“, armirt mit neun 8zölligen englischen Bombenkanonen (Eisengewicht einer Breitseite 516 Pfd.), vollständig bemannt. — Die Dampfregatte „Erzherzog Johann“, genau von dem taktischen Werthe des Barbarossa, hat Haverei erlitten, kann aber mit einem Kostenaufwand von circa 50,000 Rthlr. wieder hergestellt werden. — Die Dampf-Corvette 1ster Klasse „Der König Ernst August“, ein ganz neues, als Muster Schiff erbautes Fahrzeug, welches gegen Ende dieses Monats auf die Weser gelangen wird, Armirung 7 neue 8zöllige Bombenkanonen. (Eisengewicht einer Breitseite 430 Pfd.) — Die Dampf-Corvette 2ter Klasse „Hamburg“, vollständig bemannt, armirt mit einer 8zölligen Bombenkanone, einem 32-Pfünder und 4 18pündigen Karonaden. Beachtet man die letzten nicht, welche für das Feingefecht keinen Werth haben, so ist das Eisengewicht der Breitseite 118 Pfd. Die Dampf-Corvette 2ter Klasse „Rübeck“. — Die Dampf-Corvette 2ter Klasse „Bremen“, beide vollständig bemannt und ausgerüstet und von demselben taktischen Werthe als der „Hamburg“. Die ganz neue, als Muster Schiff erbaute Dampf-Corvette 2ter Klasse, welche vorläufig „Inca“ benannt worden, empfängt jetzt ihre Kessel und wird im Laufe des Monats October auf die Weser gelangen. — Die im Bau begriffene der vorigen ganz genau gleiche Dampf-Corvette 2ter Klasse, welche vorläufig „Caenique“ benannt worden, und im Laufe des Monats November segefertig wird. — Die Armirung dieser beiden neuen Corvetten soll dergestalt sein, daß sie auf jeder Breitseite ein Eisengewicht von 258 Pfd. führen. Die ganze Ausrüstung dieser beiden Schiffe ist bereits vorhanden. — Die Segelfregatte „Eckernförde“, früher Gesion. Die Reparaturen schreiten vorwärts und wenn das Geld nicht mangelt, kann sie im November segefertig sein. — Die sogenannte Segelfregatte „Deutschland“ nur als Lehr- und Wachschiff brauchbar; endlich 27 Kanonenböte mit ihrer vollständigen Armirung (jedes mit einer 25pünd. Bombenkanone und einem 32-Pfünder), und sonstiger Ausrüstung. — Hierzu kommen sehr reiche Vorräthe an Geschützen, Artilleriezubehör aller Art, Munition, Feuerwerksgegenstände und Kohlen. Alles ist bezahlt bis auf einen Rest von ca. 120,000 Thlr. Der Gesamtwertb aller Schiffe, Ausrüstungsgegenstände u. ist gering angeschlagen, 4 Millionen Thlr. Dies ist das Resultat einer Verwaltung, welche am 15. November v. J. eingesetzt wurde, keine Pläne, keine Zeichnungen, Modelle, Bibliothek vorband und von einem Orte im Fünferlande aus alles anordnen und schaffen mußte. Sie darf mit Verachtung die Schmähungen und Verdächtigungen unwissender anonymen Schwärzer betrachten, welche etwas ganz anderes als die Schöpfung einer Kriegsflotte erstreben. (B. 3.)

Vorgestern kamen die Munitions-Kolonnen Nr. 8 und 12 der 2ten Artillerie-Brigade, zur mobilen Division des Generalleutnants v. Grabow gehörig, welche in der Umgegend von Erfurt cantonnirt haben, hier an, und setzten gestern früh ihren Marsch nach Stettin fort, wo sie demnächst demobil gemacht werden sollen.

Eine auch in diese Blätter übergegangene Notiz hat gemeldet, daß gegen 600 Schuzmänner entlassen, und an ihrer Stelle emige hundert Unteroffiziere als solche eintreten sollten. Diese Angabe ist in ihren Hauptmomenten unrichtig. Es werden allerdings, aus Ersparungsgründen, und weil der Dienst einen Theil der bisher verwendeten Kräfte nicht mehr erfordert, über 300 Schuzmänner entlassen werden, allein an ihre Stelle keine andere treten, also auch keine Unteroffiziere. Mit dieser Entlassung wird auch die von 25. Wachtmeistern der Schuzmannschaften nötig werden. (Voss. 3.)

Es ist jetzt von der Errichtung eines neuen Gymnasiums in Berlin die Rede, für welches das Mitglied der 2. Kammer, Dr. Eckstein, jetzt Rektor der lateinischen Schule in Halle, als Direktor bestimmt sein soll. Gegenwärtig hat Berlin 6 Gymnasien, von welchen 3 königlichen und 3 städtischen Patronats sind.

Daß die Berliner Demokratie unter der Maske der Sammlungen für wohltätige Zwecke eine allgemeine Bewaffnung ihrer Partei beabsichtigte, war längst bekannt. Um diese Bewaffnung zur Wa rheit zu machen, haben sich eine Menge Privatvereine gebildet, in denen jeder Theilnehmer mindestens einen monatlichen Beitrag von 2 1/2 Sgr. zahlt. Der Ertrag wird zum Ankauf von Büchsen verwendet, die andern Waffen sollen erst später angeschafft werden, sobald jeder Einzelne mit der Schußwaffe versehen ist. Bis jetzt ist bereits eine sehr große Anzahl solcher Büchsen angekauft, die in den letzten Tagen zum großen Theil an die ärmere Klasse vertheilt worden sind. Unter dem Deckmantel des Schreibenschießens sieht man die Bewaffnen täglich zu 10 und 12 Personen in einzelnen Abtheilungen durch das Cottbuser und Halle'sche Thor hinausmarschiren nach der Hasenheide, wo sie ihre Uebungen mit der Waffe vornehmen. Uns ist Herr Meßenburg, Präsident des 69ten Bezirks, und ebenso Dr. Eder zu verschiedenen Malen auf dem Wege dorthin begegnet. (N. Pr. 3.)

Berlin, 24. September. Der in der letzten ungarischen Erhebung oft genannte Serbenführer General Kucanin, ist aus Wien über Breslau gestern hier angekommen. Er hat in Meinhardt's Hotel Quartier genommen, woselbst sein, in ein seltsames Gemisch von morgenländischer und abendländlicher Tracht gekleideter Diener, der bis an die Zähne bewaffnet vor seiner Thüre Wache hält, das lebhafteste Interesse der Hotelbewohner erregte. (A. 3. C.)

Eine Deputation aus den sieben Kirchspielen der Landschaft Angeln, welche nördlich der provisorischen Demarkationslinie in Schleswig gelegen sind, war nach Berlin gekommen, um den König zu bitten, falls der Friedensschluß definitiv eine Demarkationslinie in Schleswig festsetzen sollte, nicht zuzugeben, daß diese deutschen Distrikte der Landschaft Angeln von Südschleswig abgerissen würden. Die Deputation bestand aus dem Pastor Schmidt und zwei Bauern, Namens Hansen. Der hier zufällig

anwesende Schleswigsche General-Superintendent Nielsen hatte sich ihr angeschlossen. Gestern Vormittag nach der Kirche hatte die Deputation Audienz beim König. Pastor Schmidt hielt einen längeren Vortrag, der vom Könige mit sichtbarer Theilnahme angehört wurde. Die Deputation hat heute Berlin wieder verlassen, äußerst befriedigt und beglückt durch die Beutseligkeit und Theilnahme, mit der der König sie empfangen hatte. (C. C.)

Bei dem in den letzteren Tagen bei Potsdam stattgefundenen Manöver ist es vorgekommen, daß zwei Compagnieen Infanterie sich gegenseitig mit scharfen Patronen beschossen. Die Verwechselung der Ladung wurde sofort und ohne daß eine Verletzung vorgekommen war, bemerkt, und obgleich die Sache auf einem Versehen zu beruhen scheint, haben beide Compagnieen doch zur Strafe eine Nacht ohne Feuer bivouaquiren müssen.

Der Minister v. Ladenberg ist von seinen körperlichen Leiden so weit hergestellt, daß derselbe seinen Berufsgeschäften wieder nachkommen kann. An der jüngsten Sitzung des Staatsministeriums nahm derselbe bereits Theil. (D. R.)

Nachdem vor einiger Zeit im Bezirke des Kreisgerichts zu Verleberg ein Falschmünzer entdeckt ist, hat man in der Gegend von Dranienburg ebenfalls die Spuren einer Falschmünzerei gefunden u. vermittelst einer rechtzeitig veranstalteten Haussuchung sofort den Thatbestand festgestellt. Der Schauplatz war eine Mühle; im obersten Theile der Wohnung befand sich das Laboratorium und ein Handwerkzeug mit allem Material an Formen und Metallen. Die angestellten Versuche hatten zwar nicht zu fehlerlosen Resultaten, aber doch so weit geführt, daß man gewagt hatte, einige Zweithalerstücke zu verausgaben. Da die That der Münzfälschung nicht in Abrede gestellt werden konnte, so wurden seltsame Entschuldigungen angebracht. Der Müller behauptete, nur um deswillen sich zu der Herstellung des falschen Geldes verstanden zu haben, um vorkommenden Falls Diebe, welche etwa bei ihm einbrechen möchten, zu entdecken, wenn sie das entwendete falsche Geld in Umlauf brächten. Sein Helfershelfer, ein Privatschreiber aus Berlin, gab vor, ein leidenschaftlicher Liebhaber von Münzen, aber mittellos zu sein, weshalb er sich entschlossen habe, selbst Münzen aus verschiedenen Zeitperioden anzufertigen. Die Münzen hatten übrigens sämtlich Königl. preussisches Gepräge. Die Sache wird demnächst vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt werden. (D. Ref.)

Potsdam, 23. September. Heute gegen Mittag trafen die Herren Deputirten der ersten und zweiten Kammer hier mittelst der Eisenbahn ein und begaben sich nach Sanssouci, wo sie zur königlichen Tafel eingeladen waren. Die Zahl der anwesenden Deputirten mochte sich auf 400 Personen belaufen; außerdem waren die Mitglieder des königlichen Hofes an der Tafel zahlreich vertreten. Se. Majestät der König, der sich von den Abgeordneten seines Volkes in freudiger Stimmung umgeben sah, unterhielt sich nach aufgehobener Tafel mit verschiedenen Deputirten. Um 5 Uhr verließen die Herren Abgeordneten wieder unsere Stadt. (D. Ref.)

Halle, 22. September. Bei der gestern statt gefundenen Wahl der beiden Mansfelder Kreise ist an die Stelle des verstorbenen Deputirten, Hüthenmeisters Zimmermann, der Prof. Georg Bester in Greifswald zum Deputirten der zweiten Kammer gewählt worden.

Magdeburg, 21. September. Die Cholera scheint leider auch in hiesiger Stadt stetig werden zu wollen; sie hat in letzter Zeit ihre Opfer aus den gebildeteren Ständen sich ausgesucht; so starb vorgestern der Präsident des Schwurgerichts von Schlieben an dieser tödtlichen Krankheit. Man erzählt sie, daß in diesem Falle geistige Alteration der Grund der Cholera gewesen sei. Das Traurigste dabei ist die Rathlosigkeit der Aerzte: Kranke, die schon aufgegeben sind, werden gesund und Recuperascenten sterben unter den Augen der Aerzte. Durchschnittlich erkranken hier täglich 10 Personen, von denen die Hälfte stirbt. In 50 Jahren wird die Cholera heilbar sein, meinen jetzt die Aerzte; ein schlimmer Trost für das lebende Geschlecht. (Const. 3.)

Die Hartnäckigkeit einzelner Gemeinden in Durchsetzung ihres Willens bei den Pfarrefolgen geht in unserer Provinz jetzt so weit, daß energische Maßregeln der Behörden leider nicht mehr zu vermeiden sind. Die durch Dulong's Abgang nach Bremen erledigte Stelle an der deutsch-reformirten Gemeinde hieselbst wird endlich, vermöge des Devolutionsrechts, vom R. Consistorium, das sonst nur unter 3 präsentirten Candidaten die Wahl hat, direct besetzt. Nach dem Dorfe Welsleben, dessen Gemeinde so wenig den bisherigen interimistischen Hülfsprediger, der anderweit angestellt worden, aus dem Orte weglassen, als den vom Consistorium ernannten neuen Pastor einführen lassen will, ist heute von hier aus ein Truppen-Commando von 150 Mann entsendet, um zunächst die Wegschaffung jenes Hülfspredigers zu bewerkstelligen. Der widerspenstige Theil der Gemeinde hat es zu verantworten, wenn es bei Anwendung solcher Gewalt zum Aeußersten kommen sollte und wenn Einquartierung, Verpflegung u. der Soldaten auch die Unschuldbigen hart trifft. Dergleichen Widersehligkeiten wären unseres Erachtens zu vermeiden gewesen, wenn man nicht nach dem März v. J. in den Zukunftslisten, wegen Berücksichtigung der Wünsche der Gemeinden bei den Pfarrewahlen, zu weit gegangen wäre. (Const. 3.)

Königsberg, 21. September. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde der Veranlassung die erfreuliche Mittheilung gemacht, daß laut Kabinettsordre vom 7. August die Ablösung der städtischen Kriegsschuld auch in der zweiten Hälfte dieses Jahres ausgeführt werden dürfe.

Ein Theil der hiesigen Bürgerwehr ist kurz vor ihrer bevorstehenden Auflösung noch in einen häßlichen Konflikt gerathen. In voriger Woche machte der Hauptmann Bultorf, ein hiesiger wohlhabender Kaufmann, mit seiner Compagnie ein sogenanntes Nachmanöver. Bei Gelegenheit desselben drangen mehrere Bürgerwehrmänner auf den Hof des Gutes des Herrn v. Batocki, schossen dort zwischen Gebäuden und Menschen ihre Gewehre ab, führten verschiedene Bewegungen aus und wichen erst vom Plage, als Herr v. Batocki Gewalt zu brauchen und mit seinen Leuten drohte. Es dürften, da, wie man hört, Herr v. Batocki klagen werden will, daraus üble Verwickelungen für die Theilnehmer jener Excesse erwachsen. (D. Ref.)

Von der Schweizergrenze, 14. September. Microslawski hat seine offiziellen Berichte an die revolutionäre Regierung über den Feldzug in Baden in Bern (bei Jenni Sohn) drucken lassen, und begleitete sie mit einigen allgemeinen Betrachtungen. Wir überlassen dem Geschichtschreiber, das Wahre von dem Falschen zu sondern, das hier bunt durcheinander gemischt ist, wie es sich bei einer Auffassung im Drange des Augenblicks nicht anders erwarten läßt. Aber auf drei offene Erklärungen des „geächteten Polen“ machen wir unsere Leser aufmerksam.

Erstens schreibt er sich das Verdienst zu, von Paris aus der Regierung den Rath erteilt zu haben, die Bewegung so schnell als möglich in die Nachbarländer, namentlich nach Hessen und Württemberg (freilich mit einem aufgelösten Heere) hinüber zu tragen, und beklagt, daß es nicht früher geschehen sei. Brentano und seine Genossen waren also nur Helfershelfer zu der von einem Polen ersonnenen Frevelthat, gegen alles Völkerrecht einen deutschen Bruderstamm anzufallen. Dadurch sind einem Jeden über die Pläne der Verschwörer die Augen aufgegangen, daß sie nicht nur die Fäden einer verwaisten Regierung nothgedrungen und provisorisch zu ergreifen, sondern die Revolution von einem Lande zum andern zu spielen, und einen europäischen Völkerkrieg zu entzünden beabsichtigten, um auf den Trümmern der allgemeinen Wohlfahrt, auf den Leichen deutscher Brüder ihr politisches Phantom aufzurichten, und sich als Götzenbilder, zu deren Füßen die Menschenopfer rauchen, obenan zu stellen. Bei solchem Beginnen thut der Pole sehr übel daran, sich über „Verrätherei“, z. B. des Oberlieutenants Beckert, zu beschweren. Wie können undeutsche, treulose Empörer ihrerseits auf Treue und Ausdauer in der Verrätherei Anspruch machen?

Zum Andern hatte Microslawski sogleich bei seiner Ankunft in Karlsruhe die Ueberzeugung gewonnen und sie gegen das Regierungs-Mitglied Peter ausgesprochen, daß er nur gekommen sei, um eine heroische Leichenfeier zu leiten. Welche Gewissenlosigkeit gehört dazu, Tausende als in einem Fuchterspiel zwecklos hinzumorden und unglücklich zu machen, und welche Thorheit, nicht einzusehen, wie sehr die Aktien der Republik für das verlorne Spiel an Werth verlieren mußten! Hat je einer von den Fürsten Europas, die Ihr Tyrannen heißet, also mit Menschenleben gespielt, und müssen nicht alle edelthunenden Gemüther mit Abscheu sich von der Genossenschaft solcher Demokraten abwenden, welche die Stirn haben, derartige „Enthüllungen“ zu machen?

Zum Dritten wundern wir uns nicht, die Drohung einer furchtbaren Vergeltung für die erlittene Niederlage zu finden; wohl aber wundern wir uns darüber, daß ein civilisirter Nachbarstaat nicht erröthet, einem Menschenschlächter, der sich selbst an den Pranger stellt und solche Drohungen ausstößt, das Asylrecht zu gönnen! (Karlsru. Z.)

Waadt. Hier kommen immer noch Einschreitungen gegen die pietistisch Gesinnten vor; mit den Versammlungen derselben kann, wie es scheint, der sozial-demokratische Freistaat nicht einverstanden sein; an drei Orten wurden kürzlich drei solche Versammlungen von der Polizei aufgelöst, dieses Mal ohne Anwendung von Feuersprizen, und die Theilnehmer an denselben den Gerichten zur Bestrafung überwiesen. (D. Ref.)

Niederlande.

Amsterdam, 21. September. Die „Staats-Courant“ berichtet: Die Minister haben ihre Entlassung eingereicht. Der König hat dieselbe noch nicht angenommen, jedoch gestern die Herren Donker-Curtius und Lightenvelt mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Wie das „Handelsblatt“ meldet, befremdet es allgemein, daß die Minister die Erörterungen über den Adresse-Entwurf in beiden Kammern nicht abgewartet haben, bevor sie ihre Entlassung nachsuchten, und hält dafür, daß sie wohl ihre Schwachheit gefühlt und die Unmöglichkeit eingesehen hätten, nach Allem, was während der vorigen Session vorgefallen, am Ruder zu bleiben. Man versichert, an hoher Stelle werde beabsichtigt, ein Ministerium im Geiste der Mehrheit der zweiten Kammer zu bilden. In Folge des Rücktritts des jetzigen Ministeriums war die heutige Börse in etwas flau; alle inländischen Fonds sanken im Preise. (Köln. Z.)

Großbritannien.

London, 19. September. Vor Kurzem machte ich einen Ausflug nach Dover und besuchte das Zollhaus, wo die von der Seekrankheit durchschüttelten Passagiere vom Kontinent gerade ihre Koffer revidiren ließen. Es liegt in diesem Durchwühlen fremden Eigenthums etwas so Berlegendes, daß man wohl behaupten kann, daß, so lange die Heiligkeit des Eigenthums nicht auch von der Mauth anerkannt wird, die Welt oder doch die Staatswirthschaft im Argen, und der ewige Frieden noch in weiter Ferne liegt. Und bei alle dem sind die englischen Zollbeamten noch frei von der Brutalität der belgischen und französischen. Aber wie widerlich ist der Anblick, wenn die Toilette der Damen durchstöbert, wenn eine Viertelkiste Cigarren nachgewogen und für jedes Pfund, d. h. für 100 Cigarren mittlerer Größe 9 Schilling 6 Pence (3 Thlr. 5 Sgr.) gezahlt wird; wenn die Uhr versteuert wird, weil sie den Herren von der Mauth doch ziemlich neu zu sein scheint, desgleichen Byron's Werke, weil sie in Leipzig gedruckt sind. Unwillkürlich mußte ich an die Worte des „nachgeborenen Prinzen“ denken, daß eine Regierung nicht wohl daran thue, wenn man bei jeder Priße Tabak ihrer in Unehren gedenken müsse. Das Land der politischen Freiheit mag England sein, das Land der Handelsfreiheit

ist es nicht. Die politischen Rechte sind hier in Fleisch und Blut übergegangen, und der Engländer spricht von ihnen wie von seinem Eigenthum. Aber noch lange wird es währen, bis die Lehre von dem Recht des Menschen, auf dem billigsten Markt zu kaufen, durchgedrungen sein wird. Vorkünftig erstreckt sich Englands Freihandel nur auf Korn-Einfuhr, während das Prinzip der Zollverminderung für ausländische Manufakturen sich nur langsam Bahn bricht. Wie nachtheilig die hohe Besteuerung im einzelnen Falle für die inländische Produktion wirkt, dafür kann Folgendes als Beispiel dienen. Vor einigen Monaten kam ein deutscher Kaufmann nach London, um eine Erfindung zu verkaufen, die gerade für England sehr wichtig ist: die Herstellung wasserdichter Zeuge, die nicht nach Gummi riechen. Als bald fanden sich Käufer. Die Fabrikation beruhte wesentlich auf der Auflösung des Gummi durch Schwefeläther, dessen Herstellung ist aber so stark besteuert, daß das Fabrikat übermäßig vertheuert worden wäre. Der Fabrikant wollte eine Einrichtung treffen, den einmal gebrauchten Schwefeläther zurückzudestilliren und mehrmals anzuwenden; allein nach dem Gesetz war er verpflichtet, für dasselbe Quantum so oft zu zahlen, als er es angewendete. So unterblieb nicht blos das Geschäft zum Nachtheil des Erfinders, sondern auch ein ganzer Fabrikationszweig zum Nachtheil des englischen Publikums. (D. Ref.)

London, 20. September. An dem großen Diner der britischen Gesellschaft für Verbreitung der Wissenschaften in Birmingham nahmen auch der preussische Gesandte, Ritter Bunsen, und der französische, Herr Drouyn de L'huys, Theil. Der Präsident der Gesellschaft, Professor Robinson, wies, in Erwiederung auf einen Toast, den Herrn Bunsen auf das Gedeihen der Gesellschaft ausgebracht hatte, darauf hin, daß von Alexander von Humboldt, dem berühmten Landsmann des vorigen Redners, der erste Keim, die ursprüngliche Idee der britischen Gesellschaft ausgegangen sei. Was die gegenwärtige Menschheit zu wissen wünscht und hofft, sagte Herr Robinson, findet in dem Geiste jenes Mannes seinen Vertreter. In dem Verlaufe seines Lebens gab es keinen Zweig der Wissenschaft, den er nicht durch große und schätzenswerthe Resultate bereichert hätte. Ich weiß, daß er am Schlusse eines langen und geehrten Lebens mit Stolz und Vergnügen auf jede unserer Versammlungen saß, und ich hoffe, daß er noch lange der Stolz des wissenschaftlichen Europas sein und noch lange dieselben freudigen Nachrichten empfangen möge, welche, wie ich weiß, von dieser Versammlung ihm zugehen werden. — Diese musikalische Feier zu Birmingham, welche mit einem Ball geschlossen wurde, hat im Ganzen 9300 Pfr. eingebracht. Diese Summe wird an die Wohltätigkeitsanstalten in Birmingham und dessen Umgebung vertheilt. Es wirkten 1000 Instrumentisten und 1200 Sänger mit. Handels Messias, Mozarts Davide Perintente, Mendelssohns Elias und dessen Compositionen zur Albatie wurden aufgeführt, außerdem mehrere Piecen von Marcello, Jomelli, Cherubini, Beethoven u.

London, 20. September. Am vorigen Montage (17ten d. M.) hat die neue British Bank ihren Freibrief erhalten; dieselbe tritt unverzüglich ins Leben und mit ihr die Einführung des schottischen Bank-Systems in London. In der neuen, Liverpool gegenüber gelegenen und immer mehr aufblühenden Hafenstadt Birkenhead wird jetzt eine Universität errichtet, welche dem Mangel einer solchen Anstalt in Nordengland abhelfen, und von Joseph Baylee gegründet wird.

Am Sonnabend wurden 5,000,000 Pfr. Goldstaub aus Californien, in 17 Wagen mit 85 Pferden, unter großem Zulauf der Menge in die Gewölbe der Bank gebracht.

Ionische Inseln. Ueber den Stand der Dinge auf Cephalonien giebt eine Proclamation des Lord-Ober-Kommissairs an die Cephalonier vom 5. September weiteren Aufschluß. Außer dem bereits Bekannten ersehen wir hieraus, daß die Insurgenten von Theodor Blacco und dem Geistlichen Gregor Nodaro geführt wurden. Der Letztere ist ein der Art berühmtes Individuum, daß er von den Einwohnern den Beinamen „Straßenräuber“ erhalten hat. Nach der Einnahme von Scala durch Major King zogen sich die Insurgenten auf Zeffimion zurück, um die umliegenden Dörfer aufzuwiegeln. Ihre Anzahl war von 300 auf 42 herabgeschmolzen. Am 2ten hieß es, die Insurgenten seien in großer Zahl wieder bei S. Gerasimus versammelt. Capitain Middleton und der Polizei-Direktor Fyers fanden dieselben indeß nur 45 Mann stark in jener Gegend und entdeckten, daß sie die Bauern von Balsamatta und Frangata zum Aufruhr bewegen wollten, wo sie jedoch kein Gehör fanden. Blacco floh nach Balsamatta. Am Eingange der Kirche, zu Seiten des Lord-Ober-Kommissairs wurde ein Primas durch einen Flintenschuß getödtet. Auch auf Capitain Lawley wurde gefeuert. Zwei Leute der Insurgenten büßten die That mit dem Tode. Auf Blacco und Nodaro sind Preise von je 1000 Thaler gesetzt, sie mögen todt oder lebendig eingebracht werden. Die Insurgenten scheinen in der Montagna nera ihr Nest zu haben. Der Geistliche Nodaro wurde exkommunizirt und sein Haus der Erde gleich gemacht. In der Nacht vom 1sten zum 2ten hatte ein allgemeiner Angriff der Insurgenten in 2 Kolonnen stattgefunden. Sie wollten dem sie verfolgenden Capitain Coote entweichen; bei dieser Gelegenheit wurden 9 Mann der Rebellen gefangen genommen, darunter Spiro Blacco, der Schwager Theodor Blacco's. Von den herbeigerufenen englischen Schiffen waren von Malta nach Korfu zwei Linienschiffe von 120 Kanonen, eines von 84, eines von 80, ein kleineres Schiff von 16 und ein anderes von 4 Kanonen gekommen. Diese Schiffe gingen nach Cephalonien und blockirten die Insel. Alle vorgefundenen Barken wurden in den Grund geböhrt, um die Möglichkeit der Flucht den Rebellen zu benehmen.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Im Monat August 1849 betrug die Frequenz auf der Hauptbahn:

26,078 Personen,	davon Einnahme	35,479 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf.
87,043 Zoll-Centner Passagiers, Eil- u. Fracht-Güter,	davon Einnahme	18,313 Thlr. 7 Sgr. — Pf.
Extraordinair		1,409 Thlr. 15 Sgr. 8 Pf.
zusammen		55,202 Thlr. 4 Sgr. 4 Pf.
Gegen die Einnahme im Aug. 1848 von		
		49,461 Thlr. 17 Sgr. 5 Pf.
also mehr		5,740 Thlr. 16 Sgr. 11 Pf.

Officielle Bekanntmachungen.

Diejenigen Einwohner, welche im künftigen Jahre ein Gewerbe im Umherziehen zu betreiben beabsichtigen, mögen sie solches schon betrieben haben oder erst nur anfangen wollen, haben dasselbe bis zum 8. October e. anzumelden, widrigenfalls sie es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie nicht rechtzeitig in den Besitz ihrer Gewerbescheine für das künftige Jahr kommen und also ihr Gewerbe nicht mit dem 1sten Januar 1850 beginnen können.
Stettin, den 22sten September 1849.
Der Magistrat.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.
Ein unverheiratheter, militairfreier und mit guten

Zeugnissen versehener Brennerlei-Verwalter, der mehrere Brennerien in allen Zweigen bearbeitet hat, sucht sogleich oder bis 1sten October d. J. ein anderweitiges Engagement. Näheres gr. Paradeplatz No. 535, parterre.

Verkaufe beweglicher Sachen.



Spiel-Karten,
aus der Fabrik von C. A. Müller in Berlin, habe eine **Niederlage**, und empfehle solche zu **Fabrik-Preisen.**
A. F. Kutscher, Breitestraße No. 390.